

04.04.1968 – vor 45 Jahren wurde Martin Luther King (geb. 15.1.1929), führender Vertreter der afro-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, ermordet.

09.04.1884 – 150. Geburtstag von Helene Lange, Pädagogin und Frauenrechtlerin

10.04.1913 – 90. Geburtstag des Schriftstellers Stefan Heym

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

06. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

03. April 2013

Agenda 2010 Ein Jahrzehnt Marktgläubigkeit und Sozialabbau

Im März 2003 verkündete die rot-grüne Bundesregierung die Reformpolitik der Agenda 2010. Dazu erklärt die Landesvorsitzende Birke Bull:

Der Markt wird es richten! Ende der 1990er Jahre leiteten Gerhard Schröder und Tony Blair einen neuen Kurs der europäischen Sozialdemokratie ein: Es gelte nun, in den traditionellen Konfliktlinien Kapital und Arbeit, Markt und Staat, Individuum und Gesellschaft, alte Positionen zu verlassen. Sie passen nicht mehr in die Zeit des Wechsels von der Industrie- in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, so Schröder und Blair im gemeinsamen Papier. Der Weg nach vorne? Gebote der Stunde seien der Rückzug des Staates, die Verlagerung von Risikoabsicherung in das Private und in die Zivilgesellschaft, die Flexibilisierung der Märkte mit dazu passenden Arbeitnehmern sowie Steuerentlastungen für das Kapital.

Mit der Behauptung, der Markt funktioniere ohne gesetzliche Schranken am besten und die Antwort auf globalen Konkurrenzdruck könne nur Sozialabbau und Eigenverantwortung heißen, kappte die Sozialdemokratie ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung vollends. Aus den Vorgaben des Schröder-Blair-Papiers (1999) gossen Rot-Grün ihr Regierungsprogramm. Am 14. März 2003 kündigte Kanzler Schröder in seiner Regierungserklärung die Reform Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen an: Eigenverantwortung statt Sozialstaat, Chancen- statt Verteilungsgerechtigkeit, Pragmatismus statt Ideologie. Die damalige Einschätzung der Folgen, u.a. von über 400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler formuliert, hat heute nichts an Aktualität verloren: Verarmung von Erwerbslosen, Schaffung einer Zweiklassenmedizin, Absenkung der Rente, Ausweitung des Niedriglohnsektors aufgrund des Zwangs, fast jede Arbeit annehmen zu müssen, - die Reform bekämpft die Arbeitslosen, nicht die Arbeitslo-

sigkeit.

Nicht geändert hat sich dagegen das Bekenntnis der SPD zum Pragmatismus. Auf die Agenda 2010 wird sich heute so bezogen, wie es gerade opportunistisch ist, - mal als Krisenwerkzeug, mal als punktuelle Fehlentwicklung je nachdem, was die Fragestellung im Bundestagswahlkampf gerade verlangt. Viel war in den letzten Tagen von den verheerenden Folgen des Reformprojektes für die SPD die Rede: Verlust abertausender Mitglieder, verlorene Wahlen, Entfremdung der Gewerkschaften. So als wäre der Abbau des Sozialstaats ein schiefgegangenes parteistategisches Experiment. Wirklich verheerend sind die gesellschaftlichen Folgen nach über zehn Jahren staatlicher Deregulierung: für die Betroffenen von Hartz IV, die Leiharbeiter und Niedriglöhner, die Folgen für Kommunen und Länder mit leeren Kassen, die Folgen in den europäischen Nachbarländern, die mit den deutschen Billiglöhnen nicht konkurrieren können. Diese Gesellschaft hat sich verändert, sie ist tief gespalten in arm und reich; der Markt diffundiert in alle Bereiche des Lebens.

DIE LINKE fordert eine konsequente Umverteilung, zulasten der Superreichen und der Vermögenden, die die Agendapolitik von Rot-Grün erst begünstigt hat. Das Ziel der Chancengleichheit bleibt leeres Gerede, solange die soziale Herkunft in Deutschland die Biographie bestimmt. Der flächendeckende Mindestlohn muss kommen, die gesetzlichen Freibriefe für Leih- und andere prekäre Arbeit zurückgenommen werden. Kaufkraftstärkung, europaweite Sozialstandards, Marktbegrenzung das nächste Jahrzehnt braucht eine Agenda Sozial. Solidarität bleibt die Maxime unserer Politik.

Aus der Stadtratssitzung vom 27. März 2013

Das wichtigste Ergebnis des Stadtrates am Anfang: Der Haushaltsplan 2013 wurde bestätigt!

Viele Ausschusssitzungen, Streitereien um Kompromisse führten zum Ergebnis. Der Haushalt ist ausgeglichen, seit 10 Jahren war das nicht mehr der Fall. Trotz des Stolzes darauf, fügte Herr Geier, Finanzdezernent, auch Selbstkritik an. Sie bestand u. a. darin, dass die Etats viel zu spät in die Diskussion gebracht wurden und auch die Einführung der Doppik viel zu lange gebraucht hat. In diesem Jahr konnte der Haushalt nur durch Sondereffekte bei der Einführung der Doppik ausgeglichen werden. Er kündigte an, dass die Haushaltsdiskussionen in den nächsten Jahren wieder härter werden! Er führte weiter aus, dass er sich neue Formen für die zukünftigen Haushaltsberatungen wünsche, die auch mit mehr Beteiligungen durch die BürgerInnen der Stadt einhergehen. Der Haushalt sieht Einnahmen und Ausgaben von jeweils 576,3 Mio Euro vor; 59,3 Mio Investitionsvolumen. Die Eröffnungsbilanz zur Doppik kündigte er für den Sommer des Jahres an. Warum so viel Zeit dafür in Anspruch genommen wurde? Herr Geier führte aus, dass für diese Bilanz u. a. 9900 städtische Flurstücke, 1600 Straßen und 900 Gebäude bewertet werden mussten. Im Anschluss an die Einbringungsrede durch Herrn Geier hatten alle Fraktionen die Möglichkeit der Stellungnahmen. An Kritik wurde nicht gespart! Auch Dr. Bodo Meerheim, Vorsitzender unserer Fraktion und Vorsitzender des Finanzausschusses, brachte diese zum Ausdruck. Er kritisierte so

z. B., dass der Oberbürgermeister zu selten an den Haushaltsdiskussionen teilgenommen habe. „Man hätte sich gewünscht, dass der OB seinen Haushalt, vor allem seine kurzfristig in seiner anberaumten Haushaltsklausur vorgenommenen Änderungen-zahlenmäßige wie strukturelle –im Finanzausschuss selbst vorgestellt und erläutert hätte. Dies hätte den Verlauf der Haushaltsdiskussionen sicher positiv beeinflusst und manches, was dann folgte, möglicherweise ausgeschlossen.“ Er skizzierte den Haushaltsplanentwurf als einen in seiner Entstehung und weiteren Entwicklung in mehrfacher Hinsicht als besonders! Bodo schätzte ein, dass sich unsere Fraktion mit einem kritischen Blick, mit Sachlichkeit und Kompromissfähigkeit in die Haushaltsberatungen eingebracht hat. Das widerspiegelt sich auch in den durch unsere Fraktion eingebrachten Änderungsanträgen, die sich nunmehr im Haushalt wiederfinden, wie z. B. zur Kita-Finanzierung, zu den Kosten der Unterkunft, zur Korrektur bei den Bußgeldern u. a. m. Bodo kritisierte, dass die Verwaltung auf Anfragen von Stadträten im Prozess der Haushaltsberatungen nicht immer deutlich und detailliert antworten konnte, was dazu führte, dass der Vorschlag der Vertagung der Ausschüsse in die Tat umgesetzt wurde. Bodo kritisierte, dass „die folgenden Verwaltungssitzungen im Wappensaal nicht gerade der Imagepflege der Stadt gedient hätten“. Die folgenden Diskussionen im Finanzausschuss waren dann auch schwierig, vor allem, als es um die Anträge zum Stellenplan der Stadtverwaltung ging (Stellen-

streichungen, Kritik von Umsetzungen)! Bodo stellte dar, dass unsere Fraktion diesen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP ablehnen würde (was wir auch in fast allen Punkten taten!) Dem Haushalt ansich stimmten wir dann zu, vor allem deshalb, weil wir unsere Anträge im Haushalt wiedergefunden haben und Kürzungen in den Transferaufwendungen/Zuschüsse für Vereine etc. nicht vorgenommen wurden. Zum Schluss seiner Ausführungen kritisierte Bodo sehr deutlich die Sparpolitik des Landes im Hinblick auf die Kommunen. Eine große Mehrheit des Stadtrates stimmte dann für den Haushalt! Gegen den Ratsbeschluss zu Personalangelegenheiten hatte der OB Widerspruch eingelegt. Mit diesem Beschluss werden die Rechte für Personalangelegenheiten des OB eingeschränkt. Wieder wurde der Antrag mit einer Mehrheit der Stadträte beschlossen; unsere Fraktion stimmte gegen diesen Antrag. Auch zum Antrag „Prüfung, ob das Parken auf überbreiten Gehwegen möglich ist“ hatte der OB Widerspruch eingelegt. Diese Entscheidung sei rechtswidrig, so der OB, weil es hier um Aufgaben aus dem „übertragenden Wirkungskreis“ geht. Dem Widerspruch des OB wurde hier stattgegeben. Einige sehr brisante Anträge gab es in der Folge zu entscheiden. Die Aufhebung der Vereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt- hier ging es um den Einsatz des Sparberaters- wurde heftig diskutiert. Am Ende einer langen Diskussion wurde beschlossen, die Vereinbarung zwar aufrecht zu erhalten, aber neu zu

verhandeln. Wir unterstützten den Antrag der GRÜNEN, die den Vertrag kündigen und eine neue Vereinbarung wollten. Erfand aber keine Mehrheit.

Lange Diskussionen gab es auch zum Antrag der CDU zur Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schüler. Mit einem Änderungsantrag, der allen behinderten Kindern diesen

Zugang ermöglichen sollte, unterstützten wir diesen Antrag. In der regen Diskussion setzte sich ein Antrag der MITBÜRGER für Halle/ Neues Forum durch, der aus sagt, dass schrittweise alle Schulobjekte den gesicherten pädagogischen Erfordernissen der Gegenwart entsprechen sollten. Unser Antrag zum Tarifmoratorium im Mitteldeutschen Verkehrs-

verbund wurde im ersten Punkt (hier geht es um die Suche alternativer Formen zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs) angenommen. Der zweite Punkt (hier geht es um die Zustimmung des Rates bei Tarifierhöhungen) wurde mit einer knappen Mehrheit (23 Ja- zu 25 Neinstimmen) abgelehnt.

Ute Haupt

Mit der Podiumsdiskussion:

Auf dem rechten Auge blind: Akut entzündet oder chronisch krank

fand am Sonnabend, dem 23. März die diesjährige Bildungswoche Respekt² eine zweite Woche für mehr Vielfalt ihren Abschluss.

Teilnehmer waren:

Bodo Ramelow (Fraktionsvorsitzender Die Linke im Landtag Thüringen), Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, Jugendpfarrer Lothar König (Jena), Marcus Schlegelmilch (Vertreter Halle gegen Rechts Bündnis für Zivilcourage)



Stop Rentenkürzung im Westen

Michael Schlecht, MdB Spitzenkandidat DIE LINKE in Baden-Württemberg, Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE 22. März 2013

Den Rentnerinnen und Rentnern im Westen droht dieses Jahr eine Rentenkürzung. Alles wird teurer: Mieten, Strom, Heizung, Butter, Brot und Eier. Aber die Renten werden skandalöserweise ein weiteres Mal beschnitten!

Ein Minus von 1,5 Prozent droht, denn die rechnerische Erhöhung von 0,25 Prozent wird durch die Inflation dahin schmelzen wie der Schnee im Frühjahr.

Die Arbeitsministerin Ursula von der Leyen begründet die popelige

Erhöhung mit der Rentenformel. Union und FDP, aber vor allem SPD und Grüne haben seit 2000 mehrere Male an dieser Formel herumgeschraubt. Damit ist die Anbindung an die Lohnentwicklung wie sie Konrad Adenauer eingeführt erheblich beschnitten.

Mit der Riester-Rente wurde die Riestertreppe beschlossen. Eine Treppe nach unten. Vier Prozentpunkte Erhöhung sind mittlerweile gestrichen worden. Weil SPD und Grüne meinten, dass die Rentner mit der Riesterreute ja prima gestellt seien. Ein Irrtum, der absehbar war. Zudem können viele sich das gar nicht leisten, weil sie viel zu wenig verdienen.

Mit dem Nachhaltigkeitsfaktor,

auch von SPD und Grüne eingeführt, wurde die Rentenformel zusätzlich beschnitten. Die heutigen Rentnerinnen und Rentner werden dafür bestraft, dass weniger Kinder geboren werden. Als wenn sie etwas für fehlende Kinderbetreuung könnten. Als wenn sie für prekäre Jobs verantwortlich wären, die gerade mit Kindern ein hohes Armutsrisiko darstellen. Viele junge Menschen können sich ihren Kinderwunsch deshalb nicht erfüllen.

Schließlich wird die diesjährige Rentenerhöhung beschnitten wegen des Nachholfaktors. Im Wahljahr 2009 wurden die Renten aus Wahlkampfgründen erhöht. Dieses Plus wird jetzt auch wieder

eingesammelt. Die jetzt drohende, faktische Rentenkürzung ist nicht nur unsozial, sondern auch eigentlich überflüssig. Viele Rentnerinnen und Rentner sind empört, dass mit der jüngsten Beitragssatzsenkung der Rentenkasse sieben Milliarden Euro entzogen wurde. Davon sind 3,5 Milliarden in die Taschen der Unternehmer geflossen!

DIE LINKE fordert, dass die Rentenformel wieder repariert wird. Wir wollen, dass alle Kürzungsfaktoren zurückgenommen werden. Um die Verluste der Rentnerinnen und Rentner auszugleichen, ist zudem eine einmalige

Rentenerhöhung von acht Prozent notwendig! So kommt man wieder auf das Rentenniveau des Jahres 2000.

Um dies zu finanzieren, muss die Riesterrente in die gesetzlich Rentenversicherung integriert werden. Die Milliardensubventionen, die heute an private Versicherungen fließen, sind dort besser aufgehoben. Um die demografische Verschiebung aufzufangen und die Rente mit 67 überflüssig zu machen, müssen die Rentenversicherungsbeiträge der Beschäftigten jedes Jahr um bescheidene 0,3 Prozentpunkte steigen. Dies entspricht

einem Aufschlag für Beschäftigte von gerade einmal sieben Euro im Monat.

Mit dem Mindestlohn, Stop der prekären Jobs und der Verbesserung der Kampffähigkeit der Gewerkschaften können endlich auch wieder deutlich höhere Löhne durchgesetzt werden. Dann fällt eine geringfügige Erhöhung der Beiträge überhaupt nicht ins Gewicht.

Dafür bekommen die Menschen Renten, von denen die meisten leben können und ein Rentenbeginn ohne Abschläge mit spätestens 65 Jahren. Das will DIE LINKE!

Ilja Seifert

Enorme Chancen liegen brach

„Die UN-Behindertenrechtskonvention könnte - konsequent umgesetzt - die Lebensbedingungen aller Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen wesentlich verbessern. Sie hat die Ermöglichung voller Teilhabe für alle sowie jede und jeden Einzelnen zum Ziel und bietet so jeder Person Raum für die freie Entfaltung Ihrer Persönlichkeit,“ so Ilja Seifert, Behindertenpolitiker Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zum 4. Jahrestag des Inkrafttretens des „Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ in Deutschland am 26. März 2009. Seifert weiter:

„Leider liegen die enormen Chancen bisher weitgehend brach. Die Bundesregierung meint noch immer, dass es nur marginaler Veränderungen bedarf, um eine inklusive Gesellschaft herzustellen, in der jede und jeder Einzelne nicht nur irgendeinen, sondern ihren oder seinen Platz findet.

Immerhin erkämpfte die Behindertenbewegung, dass die Konvention nicht einfach als schön gedruckte Broschüre im Schrank verstaubt. Sie tritt immer mehr in den Mittelpunkt politischer Debatten, so dass ihre vollständige Umsetzung nicht mehr lange verzögert und verdiskutiert werden kann. Jetzt griff sogar der Bundesrat die Forderung auf, unverzüglich mit der Ausarbeitung eines Teilhabegesetzes zu beginnen. Diesbezüglich kann ich die Behindertenbewegung in der BRD, in Europa und weltweit nur zu ihren bisherigen Erfolgen beglückwünschen und sie ermuntern - innerhalb und außerhalb von Parlamenten -, kraftvoll weiterzukämpfen. Es geht um den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile. Bedarfsdeckend, aber ohne Anrechnung von Einkommen oder Vermögen.

Die Konvention hebt Behindertenpolitik auf die Ebene der Menschenrechte und befreit sie so vom medizinischen oder rein sozial-fürsorgerischem Blick. Nicht die Menschen sollen sich der Umgebung anpassen, sondern die Staaten haben sich dazu verpflichtet, Bedingungen zu schaffen, in denen jede und jeder Einzelne in den vollen Genuss aller sozialen und politischen Rechte kommt und überall selbstbestimmt teilhaben kann.“

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 600 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
28.03.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 11.04.2013

Beschluss-Nr.: 82-LV19 (Beschluss des Landesvorstandes am 12. Februar 2013)

Einberufung der VertreterInnenversammlung zur Wahl der BewerberInnen für die Landesliste für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag

1. Einberufung der VertreterInnenversammlung zur Nominierung der Landesliste für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag

Die VertreterInnenversammlung zur Nominierung der BewerberInnen der Landesliste zur Bundestagswahl wird für Sonnabend, den 13. April 2013 nach Magdeburg in das Büro- und Tagungs-Center einberufen.

Die VertreterInnenversammlung kann nur Entscheidungen treffen, die direkt mit der Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl zu tun haben. Das bedeutet, es können nur Anträge gestellt werden, die als Gegenstand der VertreterInnenversammlung die Wahl zur Aufstellung der Landesliste haben.

Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung der VertreterInnenversammlung
2. Konstituierung
 - * Wahl des Tagungspräsidiums
 - * Benennung Versammlungsleitung, Schriftführung, 2 Personen, die eidesstattliche Versicherungen abgeben
 - * Beschluss über die Geschäftsordnung
 - * Beschluss über die Tagesordnung und den Zeitplan
 - * Wahl der Mandatsprüfungskommission und der Wahlkommission
3. Rede der Landesvorsitzenden Birke Bull
4. Bericht der Mandatsprüfungskommission
5. Vorstellung der KandidatInnen für die Landesliste zur Bundestagswahl und Wahl der Listenplätze entsprechend der Wahlordnung
6. Gesamtabstimmung über die Landesliste
7. Schlusswort

Vorläufiger Zeitplan

- 11:00 Uhr - 11:05 Uhr Eröffnung der VertreterInnenversammlung
11:05 Uhr - 11:15 Uhr Konstituierung
11:15 Uhr - 11:45 Uhr Rede der Landesvorsitzenden
11:45 Uhr - 11:50 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
11:50 Uhr - 13:00 Uhr Vorstellung der KandidatInnen für die Listenplätze und Wahlgänge
13:00 Uhr - 14:00 Uhr Mittagspause
14:00 Uhr - 16:30 Uhr Fortsetzung Vorstellung der KandidatInnen und Wahlgänge
16:30 Uhr - 17:00 Uhr Pause
17:00 Uhr - 19:30 Uhr Fortsetzung Vorstellung der KandidatInnen und Wahlgänge
19:30 Uhr - 19:40 Uhr Gesamtabstimmung
19:40 Uhr Schlusswort

Über die Web-Seite des Landesverbandes kann man sich bereits die detaillierten Bewerbungen für die Landesliste ansehen:

http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/vertreterinnenversammlung_2013/bewerbungen/bewerberliste/

Für unseren Stadtverband wurden am 20.12.2012 folgende Genossinnen und Genossen als Vertreterinnen gewählt: Marianne Böttcher, Ute Haupt, Melanie Heyner, Renate Krimmling, Marion Krischok, Elisabeth Nagel, Henriette Quade, Ralf Böttcher, Dirk Gernhardt, Ants Kiel, Marcel Kieslich, Swen Knöchel, Hendrik Lange und René Trömel.



Das Parlament von Zypern lehnt das »Rettungspaket« ab.

Die Wirtschaft Zyperns ist eng mit der Griechenlands verflochten, besonders im Bankensektor. Die Rezession Griechenlands – die auch ein Ergebnis von Merkels Krisenpolitik ist – hatte starke Auswirkungen auf Zypern. Bis zur Krise lag der Schuldenstand bei 48,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das ist eher moderat. Aber der viel zu große Bankensektor hat Zypern das Genick gebrochen. Daher beantragte Zypern Finanzhilfen.

Als Gegenleistung für die Finanzhilfe haben die Finanzminister der Eurogruppe eine teilweise Enteignung aller Spareinlagen beschlossen. Das Krisenmanagement bleibt sich treu: Die Bundesregierung und die Europäische Zentralbank (EZB) schützen weiter Reiche und Vermögende. Nachdem in der ersten Runde die Kosten der Finanz- und Bankenkrise von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bezahlt worden sind, werden jetzt ihre Spareinlagen herangezogen. Bislang standen die Spareinlagen unter Staatsgarantie. Wenn die – ohne jede gesetzliche Grundlage – in Frage gestellt wird, droht eine weitere Verschärfung der Bankenkrise. EZB-Direktor Asmussen (SPD) erklärt, es gebe keine Alternative zum Zugriff auf die Spareinlagen, weil man in

Zypern die Gläubiger nicht fassen könnte. Wird das ein Vorbild für künftige Hilfspakete und Krisenbearbeitung?

DIE LINKE fordert die kontrollierte Schrumpfung und strikte Regulierung des Bankensektors, das »isländische Modell«: Die alten Banken gehen in Konkurs. Die Konten der zypriotischen Bürger müssen auf neue und gesunde Banken übertragen werden. Wir fordern eine einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro. Damit sie durchgesetzt werden kann, müssen hohe Einlagen eingefroren werden.

Kürzungspakete auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit lehnen wir ab. Sie führen Europa tiefer in die Krise. Wir werden auch dieses Mal im Bundestag gegen die geplanten Maßnahmen stimmen. Privatisierung der öffentlichen und staatlichen Unternehmen haben in die Krise geführt und sind keine Gegenmittel.

DIE LINKE steht für den Einstieg in eine andere Wirtschaftspolitik. Die Ursachen der Krise – Umverteilung von unten nach oben, Deregulierung und Privatisierung – müssen wirksam bekämpft werden: Mit Investitionen in soziale Dienstleistungen, sozial-ökologischen Umbau und Infrastruktur. Mit einem Programm gegen Lohn-dumping und Privatisierung öffentlichen Eigentums. Für ein solidarisches Europa.

Auf den Punkt gebracht.
20. März 2013

V.i.S.d.P. Matthias Höhn
bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de
Mehr Infos und Abo unter: www.die-linke.de

DIE LINKE.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat März Geburtstag haben.



Trotz widriger Temperaturen trafen wir uns am 24. März 2013 zum Gedenken an die Märzgefallenen der Jahre 1920/1921.



Aufgrund der widrigen Witterungsverhältnisse konnte der Hallianz-Spendenlauf nicht stattfinden. Dieser wurde auf den 27. September 2013 im Rahmen der Interkulturellen Woche verschoben. Trotzdem übergaben die Stadträte Ute Haupt und René Trömel Spendenschecks von Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie von weiteren Stadträten.

Umfairteilen-Aufruf:

Weit über 20.000 Menschen erklären schriftlich ihre Unterstützung zu Umfairteilen!

Das Sammeln von Unterschriften nimmt richtig an Fahrt auf! Nachdem in der vergangenen Woche die 20.000-Marke geknackt wurde, steuern wir mit Volldampf auf unser Ziel zu, bis zum Sommer 100.000 Unterschriften gesammelt zu haben! Neben der Online-Sammlung wird auch auf den Straßen kräftig gesammelt; täglich erreichen uns mehr Einsendungen von Unterschriftenlisten! Nachdem in der Vergangenheit die Volkssolidarität e.V. deutlich an der Spitze lag, was die Einsendungen betraf, holt nun die Linke kräftig auf! Hier die SpitzenreiterInnen der vergangenen Tage:

Einsam an der Spitze DIE LINKE Freiburg, mit 21 ausgefüllten Listen! Darauf folgen DIE LINKE Freiberg (10), der ver.di Ortsverband Osnabrück-Emsbach (8), ver.di Betriebsgruppe Brief Göppingen (6), Johannes-Diakonie Mosbach und Stadtverwaltung Düsseldorf (je 5).

Vielen Dank für die Beteiligung!

Unterstützt uns weiter und sammelt Unterschriften: Alles was ihr dazu braucht, findet ihr hier:

www.umfairteilen.de/sammeln

Linke Zeitungen im 21. Jahrhundert

11.04.2013, 17 Uhr im MMZ Halle(Saale), Mansfelder Straße 56

Gastgeberin: Dr. Petra Sitte

Printmedien stecken in der Krise: Die LeserInnenzahlen sinken seit 20 Jahren kontinuierlich, Traditionsblätter verschwinden vom Markt, Redaktionen werden zusammengelegt oder outgesourced, wodurch Qualität und Profil einzelner Blätter leiden. Gleichzeitig werden immer mehr Nachrichten, aber auch recherchierte Reportagen, durch freie JournalistInnen, BloggerInnen und andere AktivistInnen jenseits traditioneller Redaktions- oder Verlagsstrukturen im Internet meist unentgeltlich bereitgestellt und in rasender Geschwindigkeit verbreitet. Hierfür fehlt es aber mehrheitlich noch an tragfähigen Finanzierungskonzepten.

Auch linke Zeitungen und Publikationen müssen sich diesen vielfältigen Herausforderungen des digital getriebenen Medienwandels stellen. Welche Strategien sind bei der Organisation einer linken Zeitung im 21. Jahrhundert denkbar? Welche Finanzierungsmodelle sind machbar und wie bindet man eine ins Internet abwandernde Leserschaft? Welche Chancen bieten soziale Netzwerke und die multimedialen Möglichkeiten des Internets?

Diese und viele weitere Fragen, z.B. auch nach der Bedeutung des Leistungsschutzrechtes für Presseverleger, diskutiert die Bundestagsabgeordnete Dr. Petra Sitte mit Ulrike Winkelmann (taz), Tom Strohschneider (neues deutschland), Gerd Siebecke (linksnet, VSA-Verlag) und Heiko Hilker (Institut für Medien, Bildung und Beratung).

Ortsverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE gebildet

Am 13. März 2013 trafen sich im Versammlungsraum des Stadtverbandes DIE LINKE Halle Mitglieder aus den PLZ-Bereichen 06114, 06118 und dem Stadtteil Kröllwitz. Als Vertreter des Stadtverbandes konnte Marcel Kieslich begrüßt werden.

Grundlage zur Bildung des Ortsverbandes Halle-Nord ist der Beschluss des Stadtparteitages vom

1.12.2012 zur Organisation des Stadtverbandes Halle, in dem es u. a. heißt: „Jedes Mitglied gehört nach seinem Wohnsitz einem Ortsverband an. Es werden die Ortsverbände Halle-Nord, Halle-Mitte, Halle-Süd, Halle-West und Halle-Ost gebildet, die zugehörigen Stadtteile orientieren sich an der Anlage. Ortsverbände organisieren die politische Arbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit in ihrem Gebiet, insbesondere bereiten sie die Wahlen vor. Die Arbeit der Ortsverbände wird vom Stadtvorstand koordiniert, die Ortsverbände wählen Sprecherinnen und Sprecher.“ Zunächst stellten wir uns gegenseitig vor, um uns besser kennenzulernen und beschäftigten uns zudem mit Themen und Problemen aus unseren Stadtteilen. Als Ziele der Bildung des Ortsverbandes wurden in der Diskussion bestätigt:

-Planung und Durchführung gemeinsamer Versamm-

lungen sowie öffentlicher Foren in Halle-Nord
- Beschäftigung mit Problemen/Anliegen in den Wohngebieten und aktive Beteiligung bei Bedarf

10. April, 16 Uhr Basistreffen BO
Riebeckplatz - Hofjäger
im Kartoffelhaus,
Willy-Brandt-Strasse 44

- Vorbereitung von Wahlen in Abstimmung mit dem Wahlbüro des Stadtverbandes
- Schaffung einer zukunftsfähigen Basisstruktur

Die Verantwortung für die

Mitgliederbetreuung (Handkassierung, Gratulationen) und die Verteilung von Einladungen/Material (z. B. Linkes Blatt) verbleiben in den einzelnen (nicht-eigenständigen) Basisgruppen des bisherigen Basisverbandes Halle-Nord sowie der Basisorganisation Kröllwitz. Die BO Kröllwitz wird zudem ihre eigenständigen Versammlungen fortführen.

Nachdem festgestellt wurde, dass alle Parteimitglieder der entsprechenden Wohngebiete eingeladen waren und die Versammlung beschlussfähig ist, stimmten alle 14 anwesenden Mitglieder dafür, den Ortsverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE zu bilden. In den SprecherInnenrat wurden in geheimer Abstimmung jeweils einstimmig Jana Bauermann, Edith Fischer, Frank Hädicke, Ants Kiel und Fritz Werner gewählt.

Ants Kiel